

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

ERSTE WAHLPERIODE

Stenographischer Bericht

über die

4. bis 7. Sitzung
des Landtages Nordrhein-Westfalen

am 16., 17. und 18. Juni 1947

in den Henkel-Werken
zu Düsseldorf-Holthausen

4. Sitzung am 16. Juni 1947

Tagesordnung:

Nummer der Tages- ord- nung	Land- tags- druck- sache II.....	Inhalt	Seite
1	21	Wahl der Mitglieder des Zweizonen-Wirtschaftsrates.	3
2	7	Antrag der FDP-Fraktion betr. Auskunftspflicht der Ministerien.	3
3	8	Antrag der FDP-Fraktion betr. Antrag auf Erfassung der Vermißten und Kriegsgefangenen.	3
4	9	Antrag der FDP-Fraktion betr. Erhöhung der Süßstoffherstellung und Einfuhr von Süßstoff.	3
5	10	Antrag der FDP-Fraktion; Wiedereinführung der Sonderreifepfung für das Studium der Wirtschaftswissenschaft.	3
6	11	Antrag der FDP-Fraktion betr. Einrichtung eines Versorgungsministeriums.	3
7	14	Antrag der FDP-Fraktion betr. Schaffung eines Körperbeschädigten-Versorgungs-Gesetzes.	3-4
8	15	Antrag der FDP-Fraktion betr. Gegenzeichnung der monatlichen Industrierichte der Betriebe durch den Betriebsrat.	4
9	16	Antrag der FDP-Fraktion betr. Bildung eines Handwerksbeirates beim Wirtschaftsministerium.	4
10	17	Antrag der FDP-Fraktion betr. Wöchentlicher Aufruf der Lebensmittelrationen.	5
11	18	Antrag der CDU-Fraktion betr. Wohnungswesen als Angelegenheit der örtlichen Selbstverwaltung.	5
12	19	Antrag der CDU-Fraktion betr. Einspruch gegen Demontagebefehl der Rheinmetall-Borsig A.-G., Düsseldorf.	5
13	20	Antrag der CDU-Fraktion betr. Errichtung eines Westausschusses.	5
14	—	Mitteilungen des Präsidenten über die Regierungsbildung.	5

Rednerliste:

Landtagspräsident Gockeln	1, 2, 4, 5
Arbeitsminister Halbfell	3, 4
Abg. Dr. Mittelhaue (FDP)	3, 4

5. Sitzung am 17. Juni 1947

Tagesordnung:

Nummer der Tagesordnung	Landtagsdrucksache	Inhalt	Seite
1	—	Mitteilung des Präsidenten über die Regierungsbildung.	6
2	—	Wahl des Ministerpräsidenten.	6
3	21	Wahl der Mitglieder des Zweizonen-Wirtschaftsrates [Vertagung].	6—7

Rednerliste:

Ministerpräsident Arnold	6
Abg. Brockmann (Zentrum)	7
Landtagspräsident Gockeln	6—7
Abg. Rippel (CDU)	6

6. Sitzung am 17. Juni 1947

Tagesordnung:

Nummer der Tagesordnung	Landtagsdrucksache II-.....	Inhalt	Seite
1	22	Verstellung des neuen Kabinetts und Entgegennahme der Regierungserklärung.	8—16
2	21	Wahl der Mitglieder des Zweizonen-Wirtschaftsrates.	15—17

Rednerliste:

Ministerpräsident Arnold	8—15
Abg. Brockmann (Zentr.)	16, 17
Abg. Gnoß (SPD)	17
Landtagspräsident Gockeln	8, 15, 16, 17—18
Abg. Henssler (SPD)	16
Abg. Dr. Middelhaue (FDP)	16
Abg. Reimann (KPD)	16
Abg. Rippel (CDU)	16, 17
Abg. Wascher (KPD)	17

7. Sitzung am 18. Juni 1947

Tagesordnung:

Nummer der Tages- ord- nung	Land- tags- druck- sache II-.....	Inhalt	Seite
1	—	Generaldebatte über die Regierungserklärung.	19—54
2	23	Gemeinsame EntschlieÙung aller Parteien zur Brotkürzung.	54—55
3	24	Gemeinsamer Antrag aller Parteien auf Genehmigung der höchsten Dringlichkeitsstufe für landwirtschaftliche Produktionsmittel.	55
4	25	Antrag der SPD-Fraktion betr. Verfügungsrecht über ehemaliges Reichs- und Wehrmachtseigentum	55—56
5	26	Antrag der FDP-Fraktion betr. Stilllegung des Werkes Leverkusen.	57, 58—59, 62
6	—	Interpellation über Stromsperrungen.	59—62

Rednerliste:

Abg. Albers (CDU)	19—24, 59
Ministerpräsident Arnold	53—54
Landtagspräsident Gockeln	19, 54, 57, 58, 62
Abg. Henssler (SPD)	24—34
Abg. Krekeler (FDP)	57
Abg. Dr. Lehr (CDU)	59
Innenminister Dr. Menzel	52—53
Abg. Dr. Middelhaue (FDP)	43—52
Wirtschaftsminister Dr. Nölting	59—62
Abg. Dr. Pünder (CDU)	57—58
Abg. Reimann (KPD)	34—39
Abg. Dr. Spiecker (Zentr.)	39—43
Abg. Wascher (KPD)	56—57

6. Sitzung des Landtages am 17. Juni 1947

Beginn 15.10 Uhr

Dank für den scheidenden Ministerpräsidenten und die Minister.

Präsident Gockeln: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die für 15 Uhr einberufene Sitzung des Plenums.

Wenn ich von hier aus eine Beurteilung der Stimmung des Hauses geben darf, dann glaube ich, daß der heutige Tag nicht nur draußen in der Natur eine Besserung des Barometers aufweist, sondern daß das auch hier im Hause festzustellen ist. Wir wollen in Fortführung der Tagesordnung sogleich die Regierungserklärung entgegennehmen.

Doch bevor ich das Wort erteile, möchte ich im Namen des Hohen Hauses dem bisherigen scheidenden Ministerpräsidenten Dr. Amelunxen herzlich Dank sagen für die Aufgaben und die Arbeiten, die er seit der Schaffung unseres Landes Nordrhein-Westfalen übernommen und geleistet hat. Er leitete zwei Kabinette, begonnen am Tage der Schaffung dieses Landes bis zur Durchführung der Wahlen am 20. April, und ich, der ich selbst aus einem kleinen Erfahrungsschatz der Mitbeteiligung an dieser Arbeit sprechen kann, ich weiß, daß es nicht nur eine Pflicht, sondern ein echtes Bedürfnis ist, ihm für das seit der Begründung dieses Landes und seiner Schaffung Geleistete hier in aller Öffentlichkeit und vor diesem Hohen Hause den Dank der Volksvertretung aussprechen zu dürfen. (Bravo!) Ich danke auch den Herren Ministern, die mit Herrn Ministerpräsidenten Amelunxen in den bisherigen beiden Kabinetten zur Verfügung standen. Wir geben unserer Genugtuung Ausdruck, daß wir manche dieser bekannten Gesichter auch auf der neuen Regierungsbank wieder begrüßen können.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung dieser Sitzung ein zur Entgegennahme der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Arnold. Ich bitte Herrn Ministerpräsidenten Arnold, das Wort zu ergreifen.

Die neue Ministerliste.

Ministerpräsident Arnold: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst darf ich Ihnen allen aufrichtigen und herzlichen Dank sagen für das Vertrauen, das Sie mir durch Ihre heutige Wahlhandlung entgegengebracht haben. Ich will Ihnen in aller Offenheit versprechen, dieses Vertrauen zu rechtfertigen, indem ich meine ganze Kraft und mein ganzes Können einsetzen werde im Dienste dieser Arbeit.

Ich möchte in dieser Stunde aber auch ein Wort aufrichtigen Dankes sagen an die Herren Vertreter der Parteien, mit denen ich in den letzten Wochen die Verhandlungen über die Führung und Bildung einer neuen Regierung führen durfte. Es ist mir in dieser Stunde ein Bedürfnis, festzustellen, daß die Vertreter aller Parteien von der ersten Sorge bewegt waren, baldmöglichst zur Bildung einer Regierung zu gelangen, und ich darf hinzufügen, daß ich von allen Vertretern den Eindruck gewonnen habe, daß es ihnen innerlich ernst war, die Bildung der Regierung herbeizuführen.

Ich habe nunmehr

das neue Kabinett

zusammengestellt, und ich bitte Sie, meine Damen und Herren, den Mitgliedern, die ich in dieses neue Kabinett aufgenommen habe, Ihr Vertrauen auszusprechen, damit ich in der Lage bin, das neue Kabinett durch die Militärregierung genehmigen zu lassen.

Nachfolgende Abgeordnete sind Mitglieder des neuen Kabinetts:

Für das Innenministerium und zugleich als mein Vertreter der Abgeordnete Dr. Menzel,

Finanzminister: der Abgeordnete Dr. Weitz,

Wirtschaftsminister: Prof. Dr. Nölting,

Landwirtschafts- und Ernährungsminister: der Abgeordnete Lübke,

Verkehrsminister: der Abgeordnete Renner,

Arbeitsminister: der Abgeordnete Halbfell,

Sozialminister: der Abgeordnete Dr. Amelunxen,

Kultusminister: Herr Prof. Dr. Konen,

Wiederaufbauminister: der Abgeordnete Hugo Paul,

Justizminister: der Abgeordnete Dr. Dr. Heinemann.

Demzufolge gehören dem neuen Kabinett nicht mehr an die Herren: Finanzminister Blücher, Dr. Stricker und Dr. Straeter.

Es ist mir ein herzliches Bedürfnis, zunächst an dieser Stelle meinem Vorgänger, Herrn Ministerpräsidenten Dr. Amelunxen, aufrichtigen und herzlichen Dank zu sagen für die Arbeiten, die er im Dienste dieses Landes und seiner Bevölkerung als Ministerpräsident geleistet hat. Ich danke insbesondere dafür, daß wir unter seiner Führung immer einen guten Berater, einen loyalen Mitarbeiter und einen guten Mitkämpfer besitzen durften. Ihm auch dafür zu danken, ist mir in dieser Stunde eine Angelegenheit des Herzens. (Bravo!) Ich danke in gleicher Weise den scheidenden Herren Ministern Blücher, Dr. Stricker und Dr. Straeter. Auch diesen Herren möchte ich in meinem Namen aufrichtigen und verbindlichen Dank sagen für all die Arbeit, die sie aus innerstem Verantwortungsbewußtsein gegenüber unserem Volke auf sich genommen und ausgeführt haben. Ich denke mit Freuden zurück, mit welcher lauterer Gesinnung und mit welcher inneren Hingabe die scheidenden Herren ihre Aufgaben und ihre Verantwortung getragen haben. Ich wünsche sehr, daß ihre Kräfte und ihre Erfahrungen unserem politischen Leben erhalten bleiben mögen. (Beifall.)

Die Regierungserklärung.

Meine Damen und Herren! Die Verhandlungen über die Regierungsbildung haben längere Zeit in Anspruch genommen, als ich selbst geglaubt habe. Alle Parteien waren gehemmt von der gemeinsamen Sorge, wie ein Weg aus der derzeitigen allgemeinen Not gefunden werden könne. Wenn die Hochflut der Not im Begriffe ist, Unsicherheit und Panik hervorzurufen und die Dämme des gesellschaftlichen und moralischen Lebens einzureißen, dann wird eine Regierungsarbeit um so schwerer, als eigene Kräfte und Mittel nicht ausreichen, um einer solchen Entwicklung mit Erfolg zu begegnen. Ausreichende fremde Hilfe wird uns aber nur zuteil werden, wenn zuvor wir entschlossen sind, die eigenen Kräfte bis zum Äußersten zu mobilisieren. Die Sicherstellung der Volksernährung sowie der ausgemergelten Wirtschaft wieder Blut und Leben zu geben, sind verdringliche Aufgaben, die vor uns stehen. Es sind Aufgaben von solcher Tragweite und von solchem Umfange, daß sie ihren Schatten tief in das europäische und außereuropäische Leben hineinwerfen. Wir verkennen zu keiner Stunde die wahren Ursachen dieser Lage. Der machtpolitische Geist des vergangenen Regimes entwickelte sich zu einer Politik maßloser Überhebung, die das Gewissen und das Leben des einzelnen und das Leben anderer Völker unter die Knute einer eingebildeten Herrenrasse zwingen wollte. So entstand nach innen eine Politik der Knechtung mit dem Tode des Geistes und jeglicher Freiheit und nach außen eine Politik des Überfalles auf andere Völker. Wenn die Außenwelt jemals angeregt und wenn es ihr leicht gemacht wurde, eine geschlossene Koalition gegen Deutschland zu schaffen, so geschah dies durch die sogenannte Außenpolitik des Dritten Reiches. Kurzsichtiger und verhängnisvoller und dazu noch mit der

äußeren, wenn auch vielfach geheuchelten Zustimmung weitester Volkskreise ist das deutsche Volk in seiner Geschichte noch nicht geführt worden. Der geschichtlich beispiellose Zusammenbruch Deutschlands in all seinen Lebensbereichen ist ein Beweis dafür, wohin eine Politik aus Machtrausch und Rassenhaß führt und wohin ein Volk gebracht werden kann, wenn es seine politische Selbstverantwortung und Selbstbestimmung leichtfertig aufgibt und wenn die politische Vernunft durch die Phrase und das Schlagwort verdrängt wird. Es muß unserem Volke inmitten seiner großen Bedrängnis ganz klar werden, daß es unter einer Not leidet, die ein verantwortungsloses System verursacht hat und die noch vergrößert wird durch die Schäden, die eine vermessene Politik anderen Völkern zugefügt hat. Wenn man die Lage ganz erkennen will, so darf man die Welt nicht nur vom deutschen Fenster aus betrachten, man muß Deutschland auch sehen vom Blickfeld der Welt her. Das ist notwendig, weil eine künftige Politik von jeder Selbsttäuschung frei bleiben muß und weil nur aus nüchternem Erkenntnis der Lage ein Weg in die deutsche Zukunft gefunden werden kann.

Die Landesregierung ist sich dieser Aufgabe bewußt und entschlossen, schwere und ernste Verantwortungen auf sich zu nehmen. Echte Verantwortungen erwachsen aber nur aus dem Recht und aus der Freiheit, eigene und selbständige Entscheidungen treffen zu können. Die Vollmachten der Landesregierung müssen erweitert und ihre Zuständigkeit gegenüber den Rechten der Besatzungsmacht klar umrissen werden. (Sehr richtig!) Der Rahmen dieser so abgesteckten deutschen Zuständigkeit sollte auch nicht durch Militärbefehle durchbrochen werden. (Sehr richtig!) Jede Unklarheit in dieser Hinsicht hemmt die Regierungsarbeit und fördert den Dualismus, der sich in der Vergangenheit so störend ausgewirkt und der die gegenseitigen Verantwortungen verwischt und zu vielen Mißverständnissen und Vertrauenskrisen Anlaß gegeben hat. Eine Regierung wird berufen, damit sie regiere. Regieren aber heißt, dem Volke durch Entscheidungen und Maßnahmen das Bewußtsein zu geben, daß erfolgreich gegen die Not und mit Hingabe für die Zukunft gekämpft wird.

Die Sicherstellung der Volksernährung ist die fundamentale Voraussetzung für jedweden Wiederaufbau. Würde das nicht gelingen, so wäre schon der Anfang sinnlos, weil unter solchen Umständen die Regierung den Boden unter den Füßen, die Wirtschaft die Arbeitskraft, die Demokratie das Volk und Europa die Bedingungen für eine friedliche Entwicklung verlieren würden. Dieses Ziel muß zunächst erstrebt werden durch höchstmögliche Erzeugung und Erfassung der eigenen landwirtschaftlichen Produktion. Die Landesregierung wird alle Maßnahmen ergreifen, die geeignet sind, diesem Ziel so rasch wie möglich näherzukommen.

Dabei wird der Zusammenhang zwischen Industrie und Landwirtschaft nicht übersehen. Ohne daß die Industrie der Landwirtschaft die erforderlichen Produktionsmittel liefert, ist die notwendige Intensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung nicht möglich.

Aber weder Deutschland, noch viel weniger das Land Nordrhein-Westfalen sind in der Lage, selbst bei höchstem Einsatz und bei den besten Erträgen sich aus eigener Kraft zu ernähren. Wir sind auf erhebliche Einfuhren von ausländischem Getreide und Fetten angewiesen. Ohne die Sicherung dieser Einfuhren und ohne eine Gewähr für ihr planmäßiges Eintreffen kommen wir aus den chaotischen Zuständen nicht heraus und wir werden keinen Zustand erreichen, der zur Hoffnung auf Besserung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse berechtigt. Männer von menschlicher Größe und Träger von internationalen Verantwortungen haben in der Stunde großer Weltgefahr in einer feierlichen Botschaft an die Völker der Welt ein Leben ohne Furcht und in Freiheit als die Grundlage der Zukunft bezeichnet. In dieser Botschaft der Atlantik-Charta wurde auch

das Recht des deutschen Volkes begründet, seinen Lebenswillen und seinen Anspruch auf Freiheit zur Geltung zu bringen. Durch diese Erklärung fühlte sich auch das deutsche Volk angesprochen. Wir wissen, daß ohne eine solche Lebensmöglichkeit Deutschland ein beständiger Gifttherd für Europa und für die Welt sein würde. Was alle Völker bedrückt, ist die Unsicherheit der Zukunft, und was die Lage noch verschärft, ist das geschwundene Vertrauen. Seit mehr als zwei Jahren ist der Kriegslärm beendet. Die früheren Machthaber Deutschlands sind verschwunden, das deutsche Volk hat sich innerlich abgewandt von der Herrschaft und von den Methoden der Gewaltpolitik. Es ist willens, sein nationales Leben in Freiheit und in demokratischer Verantwortung neu zu ordnen und ein dienendes Glied in der Völkergemeinschaft zu werden. Diese Tatsache müßte auch der Welt Veranlassung sein, Deutschland endlich eine gerechtere Beurteilung zuteil werden zu lassen. Die Theorie der Kollektivschuld widerspricht der geschichtlichen Wahrheit und übersieht die Tatsache, daß es während der ganzen Dauer des Hitlerregimes einen breiten, kompromißlosen und organisierten Widerstand gegeben hat, den der Nationalsozialismus vergeblich zu ersticken versuchte. Die ungezählten deutschen Blutopfer, das unerträgliche Leben von Millionen von Frauen und Männern in andauernder Furcht und Angst sind ein Beweis dafür. Diese Volksangst hätte nicht bis zur physischen Selbstaufzehrung erlitten werden müssen, wenn dem vergangenen Regime gegenüber ein innerliches Volks-Ja vorhanden gewesen wäre. Vergleichbare Opfer hat noch keine Widerstandsbewegung gegenüber irgendeiner Diktatur in der Geschichte nachzuweisen.

Das deutsche Volk ist bereit, seine Pflicht zur Wiedergutmachung anzuerkennen. Wie aber soll Demokratie in Deutschland wachsen, wenn ihr weiter die Luft zum Atmen vorenthalten wird? Nicht nur bei uns, sondern auch in der Welt muß der Geist aufbauenden Friedenswillens zum Durchbruch gelangen. Ich zweifle nicht daran, daß maßgebliche Männer im Ausland und daß insbesondere Lord Pakenham diesen Geist verkörpern und dabei sind, die Voraussetzungen für ein beginnendes Vertrauen zu schaffen. Die Anbahnung des notwendigen Vertrauens würde aber schmerzlich gestört, wenn durch Gebietsabtrennungen, insbesondere auch im niederrheinischen Grenzgebiet, schwere Wunden gerissen würden. Wirtschaftliche Wiedergutmachung muß auf der Grundlage wirtschaftlicher Verständigung erfolgen.

Das deutsche Volk und insbesondere die Menschen an Rhein und Ruhr sind entschlossen, eine öffentliche Ordnung aufzubauen, die der Wohlfahrt des Volkes und dem Frieden dient. Das gilt insbesondere für die Neuordnung unserer Wirtschaft. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat sich an seinen eigenen Gesetzen totgelaufen. Der natürliche Zweck der Wirtschaft, nämlich die Bedarfsdeckung des Volkes, wurde in sein Gegenteil verkehrt. Aus dem sittlich vorgeschriebenen Dienst an der Gemeinschaft wurde ein egoistisches Streben nach Macht, das das Lebensrecht und die Freiheit des wirtschaftlich Schwächeren und die Wohlfahrt des Volkes außer Betracht gelassen hat. Dadurch ergaben sich die großen sozialen und gesellschaftlichen Schäden, sowie die Förderung jener Machtinstinkte, die auch die Sicherheit der staatlichen Existenz gefährdet und am Ende maßgeblich eine Politik begünstigt haben, die im völligen Zusammenbruch Deutschlands endete. Dieser geschichtliche Tatbestand zwingt zu einer völligen Neugestaltung der deutschen Wirtschaft.

Für die Neuordnung der Grundstoffindustrie scheiden sowohl das System der bisherigen großkapitalistischen Wirtschaftsweise wie auch eine einseitige bürokratische Staatswirtschaft aus. Ziel muß vielmehr eine echte Gemeinwirtschaft sein, in der sich Einzelverantwortung und Einzelinitiative voll auswirken können. Die bisherigen einseitigen Machtgebilde in der

Großwirtschaft werden beseitigt und Neubildungen in der Zukunft werden dadurch verhindert, daß die deutsche Grundstoffindustrie (Kohlenwirtschaft, die stahl- und eisenerzeugende Industrie, sowie die den Markt monopolistisch beherrschende Großchemie) in Gemeinwirtschaft überführt wird. (Bravo!) Eine Beteiligung des privaten Großkapitals in den vorgenannten Betriebs- und Industriezweigen wird ausgeschlossen. (Bravo!) Soweit im Zuge der Überführung der vorgenannten Industriezweige in Gemeinwirtschaft und im Interesse des Allgemeinwohles Enteignungen erforderlich werden, erfolgt eine Entschädigung nach Maßgabe der künftigen Gesetzgebung und nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit. **Kriegs- und Naziverbrecher werden entschädigungslos enteignet.** (Bravo!) Von der Überführung in Gemeinwirtschaft bleiben Unternehmungen ausgeschlossen, die nicht zur Grundstoffindustrie gehören. Alle anderen Betriebe, insbesondere auch die des Handwerks, der Bauern, des Handels und Mittelstandes, sollen nach Kräften gefördert werden. Dem alten bewährten System der Genossenschaften muß ein weiter Wirkungsbereich eröffnet werden.

Gemeinwirtschaft bedeutet nicht bürokratisierte Staatswirtschaft. Die in Gemeinwirtschaft übergeführten Betriebe der Grundstoffindustrien werden daher nicht der Verwaltung des Staates unterstellt, sie behalten ihren bisherigen Charakter als selbständige und kaufmännisch geführte Betriebsverwaltungen.

Die Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeinwirtschaft hat aber zur Voraussetzung, daß die durch die Militärregierung beschlagnahmten Unternehmungen und Vermögenswerte der deutschen Zuständigkeit zurückgegeben werden. Die Übergabe dieser Unternehmungen in die deutsche Zuständigkeit müßte vorerst und vorbehaltlich einer späteren gesamtdeutschen Lösung an noch zu bildende deutsche Treuhandgesellschaften erfolgen. Es ist Aufgabe der Gesetzgebung, die Grundlagen für die Arbeit dieser Treuhandgesellschaften festzulegen. Nach dem Grundsatz der Machtverteilung muß weiter durch Gesetz bestimmt werden, in welchem Umfange neben Reich und Land die Gemeinden, Gemeindeverbände, Gewerkschaften und Genossenschaften beteiligt sein sollen.

Der öffentliche Verwaltungsapparat muß auch hinsichtlich der Erledigung wirtschaftlicher Angelegenheiten auf das notwendige Mindestmaß zurückgeführt, die wirtschaftliche Selbstverwaltung muß angeregt und gefördert werden. (Bravo!) Die Landesregierung wird für noch festzulegende Bezirke die Bildung von Wirtschaftskammern in Aussicht nehmen, die in ihren Organen paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzt werden sollen. Eine Zusammenfassung dieser bezirklichen Wirtschaftskammern auf höherer Ebene wird vorgesehen.

Die Neuordnung der Wirtschaft soll erfolgen aus dem Geist der Verpflichtung des einzelnen gegenüber dem Ganzen. Durch eine maßgebliche Beteiligung der Arbeitnehmer an der Betriebs- und Wirtschaftsführung soll die soziale Gleichberechtigung hergestellt, der Mensch ganz allgemein wieder in den Mittelpunkt der Wirtschaft gestellt und der Arbeit wieder ein tieferer Sinn und höhere Würde verliehen werden. Die deutschen Gewerkschaften stehen damit vor einer überaus großen und verantwortungreichen Aufgabe. Ich zweifle nicht, daß ihre besten Kräfte befähigt und entschlossen sind, diese Aufgaben mit Erfolg und zum geistigen und materiellen Nutzen des Volkes zu erfüllen.

Aber alle Erörterungen über Wirtschaft und Wirtschaftsneuordnung sind reine Zeitvergeudung, wenn uns nicht endlich ein Überblick darüber ermöglicht wird, was uns an Wirtschaftskraft verbleibt. (Sehr richtig!) Es muß ein Ende haben mit den fortgesetzten Demontagen deutscher Friedensindustrien und mit der auf jeden Menschen, sei er Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, lastenden Angst, für immer seine Arbeitsstätte zu verlieren.

(Bravo!) Kein Mensch in Deutschland wehrt sich gegen die Demontage der Kriegsindustrien: Die Vernichtung friedlicher Produktionsstätten aber wird vom Volk als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln empfunden. (Sehr richtig, Beifall und Händeklatschen.)

Die Landesregierung bekennt sich zur Notwendigkeit einer durchgreifenden Bodenreform und Siedlungspolitik. Die beschleunigte Wiederherstellung der zerstörten Bauernhöfe und Felder, die Vermehrung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, die Ansiedlung von Vertriebenen, verdrängten Pächtern, nachgeborenen Bauernsöhnen und Landarbeitern ist aus wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gründen dringend erforderlich. Um möglichst zahlreiche und gesunde bäuerliche Existenzen zu schaffen, ist die Freistellung von Land unerlässlich. Das hierzu benötigte Land muß aus dem privaten Großgrundbesitz, aus dem verfügbaren Besitz der öffentlichen Hand und aus Moor- und Odland bereitgestellt werden. Bei welcher Größe die Abgabepflicht des Landbesitzes beginnt, ist z. Z. Gegenstand von Verhandlungen im Zonenrat. Die Militärregierung hat sich vorbehalten, über die Bodenreform ein Gesetz in eigener Verantwortung zu erlassen. Die Ausführung dieses Gesetzes soll später den Ländern übertragen werden. Die Landesregierung erwartet, daß auch auf diesem Gebiet alsbald praktische Maßnahmen durchgeführt werden können.

Eine wichtige Aufgabe dieses Parlaments und der Landesregierung wird die Vorbereitung und die Verabschiedung der Verfassung sein. Dabei werden uns die Würde und die Freiheit des Staatsbürgers einerseits, andererseits aber auch die Sicherstellung seiner Pflichterfüllung gegenüber der Gemeinschaft leiten. Das Volk und insbesondere die Jugend erstreben eine einheitliche demokratische Republik. (Bravo!) Die Verfassung des Landes muß aber so gestaltet werden, daß der organische Aufbau des Reiches über die Länder sich vollziehen kann und daß die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Reicheinheit sich ehestens verwirklicht. (Bravo!)

Bei dem künftigen Verwaltungsaufbau des Landes ist die kommunale Selbstverwaltung zu fördern und mit finanzieller Selbstverantwortung zu versehen. (Bravo!) Die Gemeinde ist eine wichtige Schule für die demokratische Selbstverantwortung, weshalb die Rechte und Pflichten der gewählten Vertretungen verfassungsmäßig zu gewährleisten sind. (Sehr wahr!) Kommunale Aufgaben, die über den Bereich der einzelnen Gemeinden, der Stadt- oder Landkreise hinausgehen und eine großräumige Lösung erfordern, können durch Zweckverbände erfüllt werden. Die Staatsaufsicht über die kommunale Selbstverwaltung muß sich im wesentlichen auf die Einhaltung der Gesetze und auf die Koordinierung der kommunalen Tätigkeit beschränken. (Sehr richtig!) Insoweit die kommunale Selbstverwaltung Aufgaben zu erledigen hat, die ihrer Natur nach einer zentralen Lenkung bedürfen, muß ein abgestuftes Weisungsrecht des Staates vorgesehen werden.

Die Landesregierung wird auf die Herbeiführung einer sparsamen öffentlichen Verwaltung entscheidenden Wert legen und wird nachdrücklichst jeder Korruption zu Leibe rücken. (Bravo!) Sie erstrebt Sauberkeit in der öffentlichen Verwaltung und ein unbestechliches Beamtentum. (Bravo!) Ebenso wird sie maßgeblichen Wert auf den Ausgleich der öffentlichen Haushalte legen, um dadurch eine weitere Vorbedingung für die wirtschaftliche Gesundung zu schaffen. Der Schwarzhandel ist ein Greuel vor dem Volke und kann nicht mehr geduldet werden. (Bravo!) Ordnung und Zucht müssen das öffentliche Leben wieder erfüllen, weil wir nicht die Kostgänger fremder Völker sein, sondern mit der Welt wieder in Handel und Wandel kommen wollen. Daher ist auch die Erfassung und Kontrolle der industriellen Produktion notwendig.

Die Kulturpolitik des Landes soll getragen sein von dem Willen, die geistigen und sittlichen Kräfte des Volkes zu wecken und zu mehren, weil die geistige Gesundheit nicht weniger wichtig ist als die wirtschaftliche und soziale Neuordnung. Alle bereiten und fähigen Volkskräfte sollen zur Mitarbeit an diesem Werk aufgerufen werden. **Es ist der Wille der Landesregierung, daß die Freiheiten und Rechte der Kirchen und Religionsgemeinschaften, daß die Freiheit des Gewissens und das Recht der Religionsausübung auch verfassungsrechtlich gewährleistet werden.** (Bravo!) Ebenso werden das Recht und der Wille der Eltern in Fragen der Erziehung und schulischen Ausbildung anerkannt. (Bravo!) Der Zugang zu allen höheren Bildungsstätten soll den durch Begabung Berufenen offen stehen. Durch besondere Maßnahmen der Landesregierung ist volkskundig zu machen, daß der Erwerb von schulischer Bildung nicht mehr vom Besitz materieller Güter abhängig gemacht werden kann. Die Gemeinschaft ist ihrer Jugend als der Quelle neuer Volkswendung verpflichtet. Weiterhin wird das Ziel der Landesregierung sein, das Bildungsniveau der Volksschule zu heben, das Berufsschulwesen auszubauen und Arbeiterbildungsstätten zu errichten. Die Gesamtlinie unseres Bildungswesens muß vom Gedanken der Pflege und Fortentwicklung abendländischen Kulturgutes beherrscht sein.

Die Landesregierung verfolgt mit steigender Sorge den **Verfall der deutschen Volkskraft und die zunehmende Verelendung**, insbesondere der Kriegs- und Arbeitsinvaliden, der Kriegerhinterbliebenen und der Millionen von Flüchtlingen. Der künftigen Sozialpolitik erwachsen hieraus gewaltige Aufgaben und ernste Verpflichtungen. Die Landesregierung ist entschlossen, in der Gesamtlinie ihrer Politik mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln eine wahrhaft soziale und demokratische Staatsentwicklung zu fördern, weil nur dadurch eine geistige, wirtschaftliche und politische Erneuerung unseres Volkes erhofft und eine Besserung unserer Beziehungen zur Außenwelt herbeigeführt werden können.

Wir werden dem Landtag baldmöglichst Gelegenheit geben demnächst mit einem Flüchtlingsgesetz sich zu beschäftigen. Die rund eine Million Flüchtlinge, die in unserem Lande Aufnahme gefunden haben, müssen als vollwertige Bürger in unser Gemeinschaftsleben und in den Arbeitsprozeß eingeführt werden. (Bravo!)

Auf dem Gebiete der Gesundheitspflege gelten unsere größte Sorge und unser nachdrücklichster Kampf dem beängstigenden Ansteigen der Tuberkuloseerkrankungen. Dabei wissen wir, daß die erschreckenden Ziffern der Tuberkulose nur bei einer grundlegenden Besserung der Ernährungslage zum Absinken gebracht werden können.

Aus dem Geist gemeinsamer Verantwortung rufe ich vor allem die Jugend unseres Landes auf, an diesen Aufgaben mit Herz und Verstand mitzuarbeiten, denn unsere Arbeit für die Zukunft gilt der Rettung unserer Jugend.

In dieser Stunde bekünden wir auch unsere **besondere Verbundenheit mit unseren Kriegsgefangenen.** (Bravo!) Die Landesregierung empfindet es als einen bitteren Schmerz, daß sie nach zweijähriger Kriegsbeendigung noch nicht in die Heimat zurückgekehrt sind. (Sehr richtig!) Nicht nur das Gesetz der Humanität, sondern auch internationales Recht wie auch die notwendige Vertrauensbildung zwischen den Völkern fordern ihre baldige Freilassung. (Sehr richtig!) Wir sehen in unseren Soldaten, die ihre Pflicht getan haben, keine Militaristen. (Sehr richtig!) Die Gewissenlosigkeit, mit der Adolf Hitler unsere Soldaten betrogen hat, wird uns nicht abhalten, dafür zu sorgen, daß unseren verstümmelten Soldaten und den Hinterbliebenen der Gefallenen so geholfen wird, wie dies irgendmöglich ist. (Bravo!)

Das gilt auch hinsichtlich der allgemeinen **Wohnungsnot**. Die Anstrengungen der Landesregierung werden auch darauf gerichtet sein, durch vermehrte Wohnungsinstandsetzungen und durch Neubauten dieser Notlage zu begegnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ihnen von mir vorgestellte Kabinett wird getragen von fast allen Parteien dieses Hauses. So verschieden auch unsere Auffassungen zu Einzelfragen sein mögen, so haben wir uns doch zusammengeschlossen, um den gewissenhaften und ernstesten Versuch zu machen, die Not der Stunde zu bannen und einen sicheren Ausgangspunkt für eine deutsche Entwicklung zu schaffen. Dieser Versuch kann nur gelingen, wenn zwischen Parlament und Regierung in enger Wechselwirkung ein Verhältnis des **Vertrauens** geschaffen und erhalten wird. Ebenso ist notwendig, daß die Parteien, die dieses Kabinett tragen, sich auch draußen im Lande für seine Arbeit verantwortlich fühlen. (Sehr richtig!)

Die Landesregierung ist sich bewußt, daß ihr auch **Verantwortungen** obliegen, die sie nicht ohne weiteres auf das Parlament abwälzen kann. Sie ist auch keineswegs gesonnen, bei Schwierigkeiten sich hinter dem Parlament zu verstecken. Die Männer dieser Regierung werden diese Verantwortung aufrecht und ohne Wanken tragen, weil sie erfüllt sind von dem Bewußtsein, daß der vom Volk berufene Landtag ihnen Stütze und Hilfe sein wird. So wird diese Regierung den Weg der Pflicht gegenüber dem Volke gehen, und es ist kein Grund zur Befürchtung gegeben, daß sie gewillt wäre, der Spielball oder sogar der Hausknecht wechselnder Parlamentsstimmungen zu sein.

Persönlich habe ich die mir durch Ihr Vertrauen übertragene Verantwortung zu keiner Stunde gesucht. Wer in die Politik geht, um Ehre, Ruhm, Anerkennung oder gar Dank zu finden, ist ein Dummkopf. (Sehr richtig!) Wer aber zum Volke und zu seinem zerschlagenen Reiche steht, der darf es in der Stunde der Not nicht verlassen, auch wenn persönliche Bedenken und Opfer dagegen stehen. Ich übernehme dieses Amt in der vollen Erkenntnis seiner Schwere und Last und bin bereit, diesen Weg zu gehen im Vertrauen zu Gott und zum deutschen Volke. (Allgemeiner, lebhafter Beifall des gesamten Hauses!)

Landtagspräsident Gockeln: Meine Damen und Herren! Sie haben die Vorstellung der neuen Regierung mit der Regierungserklärung selbst zur Kenntnis genommen. Es ist der gemeinsame Wille der Parteien, daß morgen eine **Generaldebatte** über die Regierungserklärung stattfinden soll. Sie kann heute nicht durchgeführt werden, da auch der Ministerpräsident inzwischen bereits zu einer Besprechung mit dem Gouverneur fortgegangen worden ist. Ich nehme das Einverständnis des Hauses an, daß wir die Generaldebatte über die Regierungserklärung morgen früh dann durchführen. (Zwischenfrage: 9 Uhr?) Wir würden dann morgen früh um 10 Uhr mit der Generaldebatte beginnen können.

Wahl der Mitglieder des Zweizonen-Wirtschaftsrates.

Landtagspräsident Gockeln: Ich frage das Haus, ob wir die Wahl der Mitglieder zum Zweizonen-Wirtschaftsrat nunmehr vornehmen können? (Zwischenrufe: Ja!) Ich höre, daß das der Fall ist. Ich darf Bezug nehmen auf Nr. 21 der Landtagsdrucksache, in der Ihnen mitgeteilt wird die personelle Zusammensetzung, insbesondere für das Land Nordrhein-Westfalen. Es sind Ihnen dort die Zahlen angegeben und die Verteilung, die die Militärregierung empfiehlt. Wenn Sie in Ziffer 4 lesen, daß die Militärregierung schreibt, daß die gerechte politische Vertretung doch eingehalten werden müsse, obwohl der Landtag die Verteilung vornehme, dann glaube ich, daß die Militärregierung nicht hat zum Ausdruck bringen

wollen, daß dann, wenn der Landtag die Verteilung von Sitzen vornimmt, nicht politische Gerechtigkeit eingehalten würde. (Schallendes Gelächter.)

Ich darf fragen, ob Sie eine weitere Begründung dieses Vorschlages wünschen, oder ob die Verteilung, die hier empfohlen wird, die Grundlage des Wahlvorschlages sein soll. Das Wort hat Herr Abg. Rippel (CDU).

Abg. Rippel (CDU): Meine Damen und Herren! Meine Fraktion ist leider nicht in der Lage, die zahlenmäßige Verteilung zu dem Zweizonen-Wirtschaftsrat in seiner Richtigkeit anzuerkennen. Wir werden unter Vorbehalt einer Nachprüfung dieser zahlenmäßigen Zuteilung der heutigen Aufteilung zustimmen.

Präsident Gockeln: Das Wort hat Herr Abg. Reimann.

Abg. Reimann (KPD): Da die CDU erklärt, daß sie mit dieser Verteilung nicht einverstanden ist, legen auch wir Einspruch gegen diese Verteilung ein. Ich kann bereits bekanntgeben, daß wir ein dementsprechendes Schreiben an die britische Militärregierung abgesandt haben. Auch wir sind mit dieser Aufteilung nicht einverstanden; denn uns stehen nach dem Schlüssel, nach den Wahlergebnissen und nach der Bevölkerungszahl in der britischen Zone drei Mitglieder des Wirtschaftsrates zu. Wir sehen nicht ein, warum wir mit einer solch hohen Stimmenzahl der FDP gleichgesetzt werden.

Abg. Henssler (SPD): Ich bitte ums Wort.

Präsident Gockeln: Das Wort hat der Abg. Henssler.

Abg. Henssler (SPD): Meine Damen und Herren! Für die Sozialdemokratische Fraktion kann ich mich diesen Vorbehalten anschließen, und ich möchte dabei noch eins hervorheben. Ich bin der Auffassung, daß die Länder der englischen Zone gegenüber den Ländern der amerikanischen Zone benachteiligt sind und dadurch auch die Parteien, die in den Ländern der englischen Zone stärker vertreten sind als wie in den Ländern der amerikanischen Zone. (Zuruf aus der KPD: Sehr gut!)

Abg. Dr. Middelhaue (FDP): Ich bitte ums Wort. (Zuruf der KPD: Etwa auch zu wenig?)

Präsident Gockeln: Das Wort hat der Abg. Middelhaue.

Abg. Dr. Middelhaue (FDP): Nach den Äußerungen des Abg. Reimann schließt sich die FDP den Einsprüchen an.

Präsident: Herr Abg. Brockmann?

Abg. Brockmann (Zentrum): Um auch in dieser Frage die Einigkeit des Hauses herzustellen, schließen wir uns auch den Vorbehalten an.

Präsident Gockeln: In diesem Hause wird mancher Vorschlag mit ungenügend bezeichnet werden müssen. Nachdem aber alle Fraktionen erklärt haben, daß sie für die endgültige Gestaltung des Wirtschaftsrates noch Vorbehalte einbringen werden, darf ich annehmen, daß sie gewillt sind, auf Grund dieses Vorschlages die Wahl heute zu tätigen und dann noch darüber hinaus die hier gemachten Vorbehalte zu verfolgen. Die Militärregierung hat uns verpflichtet, diese Namen recht bald mitzuteilen, da, wie Sie in der Vorlage gesehen haben, am 25. Juni der Wirtschaftsrat zusammentreten will.

Das Wort hat der Abg. Reimann.

Abg. Reimann (KPD): Meine Damen und Herren! In Wirklichkeit ist es ja so, daß die Zusammensetzung des Wirtschaftsrates wohl nicht nur eine Angelegenheit des Landes Nordrhein-Westfalen ist, sondern von einer höheren Warte ausgeht, und wir sind nicht damit einverstanden, daß z. B. die Herren Ministerpräsidenten der süddeutschen Länder schon dazu übergegangen sind, die Sitze fix und fertig zu verteilen. Wir werden auch dagegen den schärfsten Einspruch erheben. Aber, damit die erste Sitzung dieses Wirtschaftsrates wenigstens gesichert ist, bitte ich, die Abgeordneten

heute hier zu wählen und den Einspruch der Parteien dann dort in Frankfurt geltend zu machen. Vielleicht erreichen wir sogar von den Parteien der britischen Zone ein einmütiges Zusammengehen in dieser Frage.

Präsident Gockeln: Ich glaube, das ist die einhellige Auffassung unseres Hauses, was der Abg. Reimann für die Weiterverfolgung des berechtigten Anspruchs dieses Landes und der englischen Zone geltend macht. Damit können wir zur Wahl der Mitglieder des Wirtschaftsbeirats schreiten, und ich bitte um Angabe der Wahlvorschläge. CDU?

Abg. Rippel (CDU): Namens meiner Fraktion schlage ich vor: Dr. Holzappel, Peter Schlack, Dr. Pferdenges (Gelächter links, Zuruf: Der Kriegsgewinnler!), Theodor Blank, Dr. Hermes und Dr. Haenle, Oberhausen.

Präsident Gockeln: Darf ich die SPD um ihre Vorschläge bitten?

Abg. Gnaß (SPD): Die Sozialdemokratische Fraktion benennt folgende Mitglieder für den Wirtschaftsrat: Dr. Erich Potthoff, Köln, Dr. Viktor Agartz, Köln, Hermann Herberts, Wuppertal, Kurt Baurichter, Bielefeld, Dr. Georg Berger, Bochum.

Präsident Gockeln: Darf ich die KPD um Vorschläge bitten?

Abg. Wascher (KPD): Die Kommunistische Fraktion benennt die Abgeordneten Max Reimann, Herne, und Becker, Essen.

Präsident Gockeln: Darf ich die Zentrumsfraktion um ihre Vorschläge bitten?

Abg. Brockmann (Z): Dr. Spiecker und Dr. Stricker.

Präsident Gockeln: Die Vorschläge der FDP?

Abg. Dr. Middelhaue: Abg. Franz Blücher.

Präsident Gockeln: Meine Damen und Herren! Ich wiederhole noch einmal die gemachten Wahlvorschläge:

CDU: Dr. Friedrich Holzappel
Peter Schlack
Dr. Robert Pferdenges
Theodor Blank
Dr. Andreas Hermes
Dr. Günther Haenle

SPD: Dr. Erich Potthoff
Dr. Viktor Agartz
Hermann Herberts
Kurt Baurichter
Dr. Georg Berger

KPD: Max Reimann
Ludwig Becker

Zentrum: Dr. Karl Spiecker
Dr. Friedrich Stricker

FDP: Franz Blücher

Weitere Vorschläge erfolgen nicht. Ich bitte die Damen und Herren, die für die Wahl der genannten Kandidaten sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Erfolgt.) Ich stelle **Einmütigkeit** fest.

Mir sind im Laufe des Tages noch einige Anträge eingereicht worden. Ich bin durch einen Beschluß des interfraktionellen Ausschusses gehalten, solche Anträge nicht unmittelbar dem Plenum zuzuleiten. Diese Anträge, die sich zum Teil auf die besondere Notlage beziehen, die durch die Kürzung der Rationen erfolgt ist, werden wir morgen im Laufe der Generaldebatte oder aber im Zusammenhang — soweit ich unterrichtet bin — mit einer gemeinsamen Erklärung der Fraktionen des Hauses behandeln.

die noch vorbereitet wird. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, alle übrigen Anträge, die nicht auf die besondere Notlage unserer Ernährung Bezug nehmen, so wie wir es gestern geübt haben, an die zuständigen Fachausschüsse überweisen zu dürfen. Ich sehe keinen Widerspruch, es ist so beschlossen.

Damit wäre die für heute vorgesehene Tagesordnung erschöpft. Ich bitte, noch davon Kenntnis zu nehmen, daß der interfraktionelle Ausschuß gemäß seinem Wunsch und Beschluß von gestern um 17 Uhr eine letzte Abschlußbesprechung hält, zu der ich die Beteiligten des interfraktionellen Ausschusses sowie die Fraktionsführer in die Beratungszimmer 2 und 3 bitten darf. Ich schließe damit die Sitzung und berufe das Plenum für morgen um 10 Uhr zur Durchführung der Generaldebatte über die Regierungserklärung ein.

Schluß 16.05 Uhr.